DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

PICTURE ALLIANCE / AKG

Raubfrieden

Im Brest-Litowsk zwang das Deutsche Reich der Sowjetregierung 1918 einen Friedensvertrag auf. Die neue Staatsmacht unter Lenins Führung verlor große Gebiete – verschaffte sich so aber eine Atempause. Von Gregor Schirmer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **MONTAG, 11. DEZEMBER 2017** · NR. 287 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Abrüsten
Friedensnobelpreis an ICAN: Bremer Bürgerschaft unterstützt UN-Verbotsvertrag nuklearer Systeme **4**

Einsitzen
Ukrainischer Geheimdienst nimmt georgischen Expräsidenten Saakaschwili erneut fest **6**

Ausrüsten
Westliche Staaten finanzierten »Freie Syrische Polizei«. Geld wanderte in die Taschen von Islamisten **7**

Entfesseln
Handelsabkommen zwischen EU und Japan ausverhandelt. Fehlender Verbraucherschutz kritisiert **9**

Aufruhr gegen Trump

Weltweit Demonstrationen gegen Entscheidung des US-Präsidenten, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen. **Von Knut Mellenthin**

Die Proteste gegen die US-amerikanische Unterstützung für Israels Annexionspolitik hielten auch am Wochenende an. Brennpunkte waren am Sonntag neben dem besetzten Westjordanland und Ostjerusalem auch Beirut und Jakarta. In der indonesischen Hauptstadt demonstrierten 10.000 Menschen vor der US-Botschaft. In Beirut versuchten mehrere tausend Demonstranten, darunter viele Palästinenser, zur diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten vorzudringen, die von der Polizei im Umkreis von drei Kilometern durch Barrikaden und Stacheldraht abgesperrt worden war. Die Beamten setzten Tränengas und Wasserwerfer ein, um die protestierende Menge aufzulösen.

US-Präsident Donald Trump hatte am Mittwoch seine Entscheidung mitgeteilt, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen und die US-Botschaft dorthin zu verlegen. Sie befindet sich gegenwärtig, wie die aller anderen Staaten, die mit Israel diplomatische Beziehungen haben, in Tel Aviv. Rechtliche Grundlage dafür ist die nie widerrufene Teilungsresolution der UNO vom 29. November 1947. Sie sah neben der Bildung eines jüdischen und eines arabischen Staates eine internationale Verwaltung für die gesamte Stadt Jerusalem einschließlich des nahe gelegenen Bethlehem vor. Nach internationalem Recht gilt Jerusalem immer noch als »Corpus separatum«, als Gebiet mit besonderem Status.

Besondere Unruhe hat in der israelischen Regierung die Tatsache ausgelöst, dass sich auch arabische Staatsbürger des Landes an den Solidaritätsdemonstrationen beteiligen. Verteidigungsminister Avigdor Lieberman, der Vorsitzende der nationalistischen Partei Israel Beitenu, rief am Sonntag zu einem Wirtschaftsboykott gegen die nordisraelische Stadt Umm Al-Fahm, eine Hochburg der Proteste, auf. Die jüdische Bevölkerung Israels solle den dort und in der umgebenden Region Wadi Ara lebenden Arabern »zeigen, dass sie hier unerwünscht sind«. Sie sollten sich lieber dem besetzten Westjordanland anschließen. Ein Abgeordneter der Likud-Partei von Premierminister Benjamin Netanjahu, Oren Hazan, widersprach: Israel dürfe kein Land abtreten, sondern solle den arabischen Demonstranten die Staatsbürgerschaft entziehen und sie wie palästinensische »Terroristen« behandeln.

Die Arabische Liga (AL) trat am Sonnabend zu einer Sondersitzung in Kairo zusammen, um Trumps jüngste Schritte zu verurteilen. AL-Generalsekretär Ahmed Abul Gheit bezeichnete die Entscheidung Trumps als »gefährlich und unannehmbar«. Sie widerspreche dem internationalen Recht und stelle einen »eindeutigen Angriff« auf die Bemühungen um eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts dar.

Bei den Protesten wurden bisher mehr als 400 Menschen verletzt und zwei getötet. Die israelischen Sicherheitskräfte setzten neben Hartgummigeschossen, Tränengas und Wasserwerfern zum Versprühen stinkender Flüssigkeiten auch scharfe Munition ein. Zwei weitere Menschen wurden getötet und 25 verletzt, als die israelischen Streitkräfte am Sonnabend zwei angebliche Hamas-Stützpunkte im Gazastreifen aus der Luft angriffen und mit Panzergranaten beschossen. Zuvor hatten Palästinenser nach israelischer Darstellung drei Raketen abgeschossen, von denen eine in der Stadt Sderot explodierte, ohne dass Menschen zu Schaden kamen.

■ Siehe Seite 3

BILAL HUSSEIN/AP/DPA

Proteste unterdrückt: Die libanesische Polizei hat die US-Botschaft in Beirut am Sonntag weiträumig abgeriegelt

Syrien kehrt nach Genf zu Verhandlungen zurück

REUTERS/DENIS BALIBOUSE

Genf. Die syrische Regierungsdelegation ist zu den Genfer Friedensgesprächen zurückgekehrt. Chefunterhändler Baschar Al-Dschafari (Foto) flog am Sonntag von Beirut aus in die Schweizer Stadt zurück. Er hatte Anfang Dezember die neue Verhandlungsrunde unter Leitung des UN-Vermittlers Staffan de Mistura nach drei Tagen wegen der Forderung der Opposition verlassen, Präsident Baschar Al-Assad dürfe in einer Übergangsregelung für Syrien keine Rolle spielen. Die aktuellen Gespräche sind bereits die achte Auflage der Verhandlungen über eine diplomatische Lösung des seit sechs Jahren dauernden Bürgerkriegs, in dem Hunderttausende Menschen ums Leben kamen. Sie sollen nach bisherigen Planungen bis zum 15. Dezember andauern. (Reuters/jW)

■ Siehe auch Seite 7

Vor Sondierung: De Maizière warnt SPD

Berlin. Vor Beginn der Gespräche zwischen Union und SPD über eine Regierungsbildung hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Sozialdemokraten vor »überzogenen Erwartungen gewarnt«. Die SPD solle »nicht glauben, dass alles, was sie als besonders wichtig ansieht, von uns akzeptiert werden kann«, sagte er den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Montagausgaben). Die CDU-Spitze nahm am Sonntag abend Beratungen über die bevorstehenden Gespräche mit der SPD auf.

Wegen der vermutlich bis zum Frühjahr dauernden Koalitionsverhandlungen schlug de Maizière eine fraktionsübergreifende »Vorabvereinbarung« zum Familiennachzug bei Geflüchteten mit sogenanntem subsidiärem Schutzstatus vor. Die im Frühjahr 2016 von der großen Koalition beschlossene Aussetzung des Familiennachzugs für diese Personengruppe läuft am 16. März 2018 aus. CDU und CSU wollen den Betroffenen weiterhin das Nachholen der engsten Angehörigen verwehren, die SPD ist derzeit dagegen. (AFP/jW)

Mordsgeschäft mit Waffen

SIPRI-Bericht: US-amerikanische und deutsche Konzerne profitieren von Krieg

Die imperialistischen Kriege sind ein profitables Geschäft. Im vergangenen Jahr ist der Umsatz der 100 größten Rüstungsunternehmen und militärischen Dienstleistungen auf 374,8 Milliarden US-Dollar (rund 316 Milliarden Euro) gestiegen, wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) berichtete. Nach fünf Jahren des Rückgangs nahmen die Waffenverkäufe damit erstmals wieder zu – im Vergleich zu 2015 um 1,9 Prozent.

Das sei angesichts der anhaltenden politischen Spannungen und laufenden Militärkonflikte in mehreren Ländern zu erwarten gewesen, erklärte SIPRI. Außerdem hätten mehrere Staaten ihr Militär »modernisiert« und neue Waffensysteme eingeführt, heißt es in dem Bericht.

Mehr als zwei Drittel (217 Milliarden US-Dollar) der Rüstungseinnahmen gingen an US-amerikanische Unternehmen, die rund vier Prozent mehr verkauften. Dafür hätten zum einen US-Militäroperationen im Ausland gesorgt, zum anderen hätten andere Länder Waffensysteme »made in USA« erworben. Mit seinen Waffen und den »F-35«-Kampfflugzeugen habe Weltmarktführer Lockheed Martin 10,7 Prozent mehr Umsatz gemacht, sagte Aude Fleurant, Direktorin des Waffen- und Militärausgabenprogramms von SIPRI.

Auch europäische Rüstungskonzerne machen weiterhin ein gutes Geschäft. Nach einem Anstieg im Vorjahr blieben ihre Verkäufe laut dem SIPRI-Bericht stabil. Der Umsatz betrug rund rund 77 Milliarden Euro. Allein in Deutschland stieg er indes um 6,6 Prozent, vor allem getrieben durch den »Leopard«-Panzer-Hersteller Krauss-Maffei-Wegmann und Rheinmetall. »Beide Unternehmen haben von der Nachfrage nach Waffen in Europa, im Mittleren Osten und in Südostasien profitiert«, erklärte SIPRI-Forscher Pieter Wezeman.

Die russischen Produzenten steigerten ihre Verkäufe um 3,8 Prozent – weit weniger als in den Vorjahren. Grund seien große wirtschaftliche Schwierigkeiten dort, heißt es in dem Bericht. In Südkorea dagegen habe die zunehmende regionale Bedrohung dafür gesorgt, dass nicht nur Waffen eingekauft wurden, sondern auch die eigene Rüstungsindustrie immer stärker angekurbelt wurde.

(dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)
■ www.jungewelt.de/lpg